



IWC Portuguese

Die unabhängige schweizerische Tageszeitung

Montag
31. Oktober 2011

Fr. 3.00, Ausland: € 2.30 / AZ 8021 Zürich
119. Jahrgang Nr. 254 – Auflage 195 618

Novak Djokovic Der beste Tennisspieler verriet vor den Swiss Indoors, warum er nicht in Serbien leben kann. 52

Digitale Welt Nokia vermisst die Erde neu und dringt mit dem Kartenmaterial in neue Dimensionen vor. 38

Nellie Bly Die Journalistin war 1887 eine Vorgängerin von Günter Wallraff. 27



Die Credit Suisse baut nochmals 1000 Stellen ab

Die Schweizer Grossbank muss im Investmentbanking die Risiken halbieren.

Von **Arthur Rutishauser**

Morgen Dienstag wird die Credit Suisse bekannt geben, dass es nochmals zu einem Stellenabbau kommt. Weltweit sind rund 1000 Jobs betroffen. Diese Massnahme erfolgt zusätzlich zum im Juli angekündigten Kostensenkungsprogramm in Milliardenhöhe, das einen Abbau von 2000 Stellen vorsah, davon rund 500 in der Schweiz, und das ab 2012 Einsparungen von 1 Milliarde Franken bringen soll. Grund für den erneuten Stellenabbau ist eine Neuausrichtung des Investmentbankings. Aufgrund der neuen Kapitalvorschriften, die eine

deutlich höhere Eigenkapitalquote sowie klar schärfere Risikobegrenzungen mit sich bringen, wird ein Teil des Geschäfts unrentabel.

Negativ wirken sich auch die schlechten wirtschaftlichen Aussichten im Euro-Raum und in den USA aus. Hinzu kommt, dass wegen der Weissgeldstrategie in den nächsten Jahren aus den europäischen Ländern kaum mehr hohe Geldbeträge in die Schweiz fliessen werden. Die vereinbarten Verträge zur Einführung einer Abgeltungssteuer mit Deutschland und England werden kurzfristig sogar zu Milliardenabflüssen füh-

ren. Deshalb wird die CS auch in der Vermögensverwaltung die Zahl der Arbeitsplätze reduzieren. Der grösste Teil des Stellenabbaus im Investmentbanking wird allerdings die USA und London betreffen. Weiterhin wachsen will die Credit Suisse in den Boom-Regionen Brasilien und Asien.

Julius Bär will Bank Sarasin

Für den Bankenplatz Zürich bedeutet der erneute Stellenabbau bei der CS wenig Gutes. Denn neben der CS gab auch die UBS im Sommer bekannt, sie wolle 3500 Stellen abbauen, davon 400 in der

Schweiz. Am Investorentag vom 17. November wird die UBS Klarheit schaffen, wie es im Investmentbanking weitergeht. Auch hier wird eine zusätzliche Reduktion der Stellen nötig sein, mindestens im Ausmass der CS. Weiter zeichnet sich eine Konsolidierung im Privatbankbereich ab. Hier könnte es bald Neuigkeiten geben, denn offenbar will Julius Bär die Bank Sarasin übernehmen. Kommt es zur Fusion, werden massiv Stellen abgebaut. Unabhängig davon hat die Bank Bär bereits vor einem Monat einen Abbau von knapp 5 Prozent der Stellen angekündigt. - *Bericht Seite 39*

Heute

Syrien

Präsident Assad droht mit einem «neuen Afghanistan»

Der syrische Präsident Bashar al-Assad hat dem Westen so unverhohlen wie selten gedroht. In einer englischen Zeitung warnte er vor einem Eingreifen, sonst drohe ein «Erdbeben» und ein «neues Afghanistan». Assad geht brutal gegen die Opposition im Land vor, US-Politiker haben jüngst offen von einer möglichen Intervention gesprochen.

Bericht und Kommentar Seite 7

Zürich

Krankenkassen werden bis zu 80 Prozent teurer

Die Policen der Krankenkassen für das kommende Jahr lösen in Zürich in etlichen Fällen Ärger und Unverständnis aus. Die Prämien steigen teilweise massiv an, sogar bis zu 80 Prozent. Und dies, obwohl Bundesrat Didier Burkhalter im September gesagt hatte, die Prämien würden im Kanton Zürich im Schnitt nur um 4,4 Prozent steigen. - *Seite 17*

Wirtschaft

Swisscleantech gewinnt im Nationalrat an Einfluss

Die neue Zusammensetzung des Nationalrats hat Auswirkungen auf die Wirtschaftsdachverbände. Vor allem dank der Grünliberalen erhält der junge Verband Swisscleantech, der auf den radikalen Umbau der Schweizer Energieversorgung setzt, mehr Gewicht. Leidtragende sind Economiesuisse, Arbeitgeber- und Gewerbeverband. - *Seite 39*

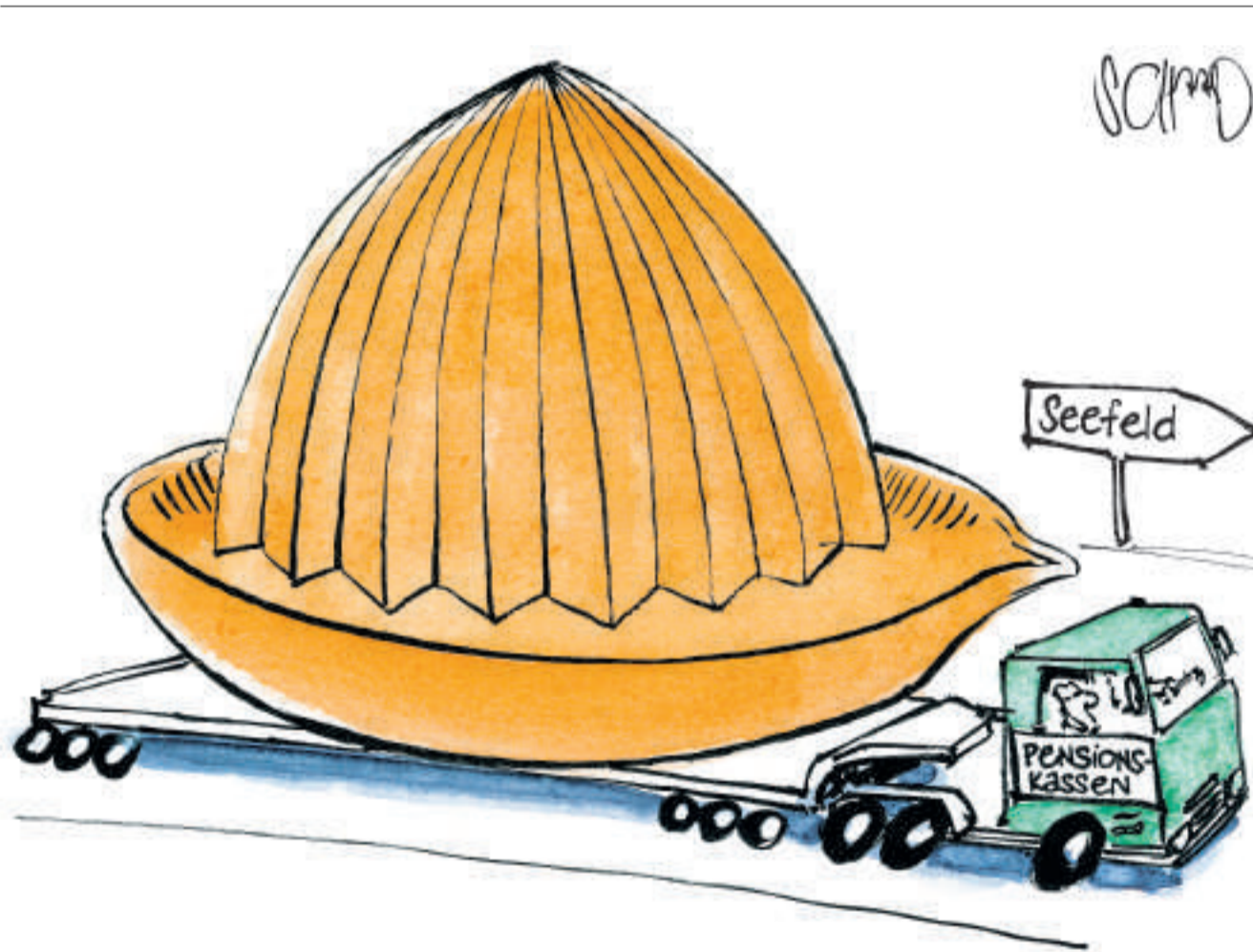
Widmer-Schlumpf spaltet die FDP

Nun ist es klar: BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf wird sich am 14. Dezember der Wiederwahl stellen. Dies machte Parteichef Hans Grunder bekannt. Gleichzeitig erklärte er, dass Widmer-Schlumpf auf Kosten eines zweiten SVP-Bundesrats in der Regierung bleiben soll. Damit dies gelingt und nicht etwa ein FDP-Bundesrat abgewählt wird, macht Grunder den Freisinnigen Avancen. «Arbeitet die FDP mit uns zusammen, wird sie ihre zwei Bundesrats-sitze halten», sagt Grunder. Setze die FDP aber allein auf die Unterstützung der SVP, könne sie ihren Besitzstand kaum verteidigen. Mit seinen Worten findet Grunder in der FDP teilweise Gehör. So sprechen sich die Nationalräte Kurt Fluri und Peter Malama für die Wiederwahl Widmer Schlumpfs aus - zum Ärger von FDP-Generalsekretär Stefan Brupbacher. «Die FDP bleibt eine Mitte-rechts-Partei», sagt er. An der Doktrin, der SVP unter Wahrung des eigenen Besitzstands einen zweiten Sitz zuzugestehen, werde festgehalten. (TA) - *Seite 3*

FCZ und GC mit zwiespältiger Bilanz

Dank eines Kopftors von Mathieu Bédaride zum 1:1 rettete der FC Zürich im Letzigrund gegen Luzern einen Punkt, der die Zürcher in der Tabelle allerdings nicht weiterbringt. Sie verharren auf Platz 8, verhinderten aber die fünfte Niederlage im siebten Heimspiel. Die Luzerner hatten in der ersten Halbzeit nichts für das Spiel getan, waren jedoch durch Hakan Yakin nach dessen Einwechslung und erster Ballberührung in der 72. Minute in Führung gegangen. Für FCZ-Trainer Urs Fischer hat sich trotz des Remis der leichte Aufwärtstrend der letzten zwei Wochen fortgesetzt: «Die Moral in der Mannschaft stimmt, sonst hätte sie auf das unglückliche 0:1 nicht mehr reagieren können.»

Eine weitere Niederlage mussten die Grasshoppers hinnehmen: Sie unterlagen einem äusserst effizienten Meister Basel 1:4 trotz teilweise gefälligem Spiel. Der FCB gewann sieben der acht letzten Partien und reist entsprechend selbstbewusst nach Lissabon, wo am Mittwoch das Champions-League-Gruppen-Spiel gegen Benfica ansteht. (mos) - *Seite 50*



Mieter im Seefeld kämpfen gegen Spekulation

Eine Pensionskasse will Mietshäuser abreißen lassen und das Land dem Meistbietenden verkaufen.

Von **René Staubli**

Im Zürcher Seefeldquartier steht eine 3000 Quadratmeter grosse Liegenschaft zum Verkauf: zwei Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 21 Wohnungen. Fachleute bezeichnen die Immobilie als ein «Filetstück». Der Meistbietende soll den Zuschlag bekommen, so will es die Eigentümerin, die Pensionskasse der Berner-Versicherungs-Gruppe.

Den Mietern droht damit die Vertreibung aus dem Quartier, in dem sie zum Teil seit Jahrzehnten leben. Dagegen setzen sie sich zur Wehr: «Nötigenfalls gelangen wir an die Schlichtungsstelle oder ans Verwaltungsgericht.» Einige

haben sich zusammengeschlossen und mit Architekten ein Alternativprojekt ausgearbeitet. «Mit Um- und Ausbauten wäre es möglich, den günstigen Wohnraum zu erhalten, ohne die Mietzinsen zu erhöhen», sagen sie. Für dreieinhalb Zimmer zahlt man heute 1650 Franken inklusive Nebenkosten. Das ist, gemessen an der Ortsüblichkeit, günstig.

Bekomme der Käufer das Grundstück zu einem marktüblichen Preis, könne er bei ihrem Projekt mit 4 bis 5 Prozent Rendite rechnen, sagen die Mieter. Quartier- und marktüblich wären rund 10 Millionen Franken. Weil die Immobilie an den Meistbietenden geht, kann der Preis aber wesentlich höher sein. Die Chance wäre dann gross, dass Eigentumswohnungen entstehen, die für bis zu 3 Millionen Franken verkauft werden.

Paradox ist, dass ausgerechnet eine Pensionskasse als Preistreiberin auftritt. Die Kasse brauche Geld, um die Ansprüche

derer Rentner zu befriedigen, sagt deren Geschäftsführer. Damit heisst sie eine Entwicklung an, die man inzwischen Seefeldisierung nennt: Günstiger Wohnraum verschwindet; für neu entstehende Luxusobjekte zahlen gut verdienende Neuzuzüger astronomische Mietzinsen und Kaufpreise.

Politische Dimension

Die angespannte Wohnsituation im Seefeld ist längst ein Politikum. Anfang 2011 führte die SP ihren Wahlkampf für Bildungsdirektorin Regine Aeppli mit dem Slogan «Seefeldisierung? Eine bezahlbare Wohnung darf auch in Ihrem Quartier kein Luxus sein. Dafür setzen wir uns ein.» Wenig später wurde bekannt, dass Aeppli und ihr Ehemann im Seefeld selber zwei Luxuswohnungen im Wert von insgesamt sechs bis sieben Millionen Franken gekauft hatten.

Kommentar Seite 2, Bericht Seite 13

Kommentare & Analysen

«Bilder extremer Gewalt sind erregende, sexualisierte Bilder.»

Anton Holzer über die Faszination, die Fotos des toten Ghadhafi auf uns ausüben. - *Seite 9*

Beilage



Service

| | |
|-----------------|--------|
| Wetter | 10 |
| Leserbriefe | 11 |
| Todesanzeigen | 22 |
| Veranstaltungen | 30 |
| Fernsehprogramm | 32, 33 |
| Rätsel | 37 |



Wirtschaft



Einlegerschutz Seit Anfang September geniessen Einlagen bei Banken und Vorsorgegelder einen besseren Schutz. 43

Credit Suisse muss Risiken halbieren

Die neuen Kapitalvorschriften bewirken, dass die CS im Investmentbanking ihre risikobehafteten Aktiven um fast 100 Milliarden Franken reduzieren und 1000 Stellen abbauen muss.

Von Arthur Rutishauser

Normalerweise ist die Bekanntgabe der Quartalszahlen bei der Credit Suisse eine trockene Sache. Ausser ein paar Journalisten und Analysten, die angestrengt übers Internet die Zahlenpräsentation verfolgen, nimmt sie kaum jemand zur Kenntnis. Morgen Dienstag ist alles anders. Dann wird CS-Chef Brady Dougan bekannt geben, dass er seine Investmentbank neu ausrichten will. Dabei wird es um mehr gehen als um leere Worthülsen wie die seit Jahren abgegebene Zusicherung, man werde künftig nicht mehr auf eigene Rechnung spekulieren und die Dienstleistungen der Investmentbank noch stärker auf die Kunden ausrichten.

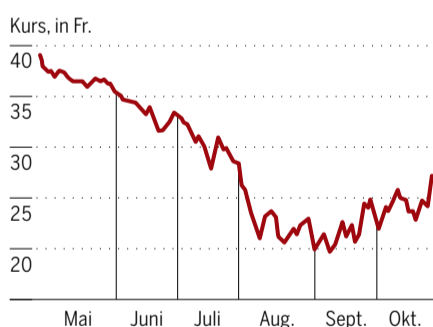
Diesmal will Dougan ernst machen und das Fixed Income, das Geschäft mit festverzinslichen Anleihen, ernsthaft beschneiden. Um gegen 100 Milliarden Franken sollen die risikobehafteten Aktiven der Bank - die Risk Weighted Assets (RWA) - reduziert werden.

Das ist gegenüber heute fast eine Halbierung. Grund für die massive Reduktion des Risikos sind die neuen Kapitalvorschriften des Bundes und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Diese verlangen, dass künftig viel mehr Aktiven als risikobehaftet angesehen werden - und dass zweitens viel mehr Eigenkapital (19 Prozent statt wie bisher 8 Prozent) unterlegt werden muss.

Unterkapitalisierung abwenden

Bei der Credit Suisse würde dies laut einer Pro-forma-Rechnung im Geschäftsbericht ohne Restrukturierung dazu führen, dass die risikobehafteten Aktiven von rund 200 auf 300 Milliarden Franken steigen. Das verlangte Eigenkapital läge bei knapp 60 Milliarden. Bis Ende Jahr hat die CS aber nur etwa 40 Milliarden anrechenbares Kapital. Die geplanten Massnahmen erleichtern also die Einhaltung der neuen Regeln, sie wenden die Gefahr von Dividendenkürzungen und Kapitalerhöhungen vorerst ab.

CS-Aktie zieht wieder an



TA-Grafik mru/Quelle: Swissquote



Ohne massive Einschnitte im Investmentbanking müsste die CS bis zu 20 Milliarden Eigenkapital auftreiben. Foto: Pascal Mora/Pixsil

Das dürfte den arg gebeutelten Aktienkurs weiter stützen.

Dafür kommt es zu einem erneuten Abbau von rund 1000 Stellen, die meisten davon im Investmentbanking. Ein sichtbares Zeichen für die Neuausrichtung ist die bereits in den Markt durchgesickerte Auflösung der US-Abteilung für kommerzielle Kredite. Ein Geschäft, das bereits in der Finanzkrise Milliardenverluste bescherte, weil die US-Einkaufszentren in der Krise zu wenig Kunden hatten. Das Geschäft wurde indes in den letzten Jahren auf neuer Basis wieder aufgebaut. Wegen der schlechten Konjunkturaussichten in den USA steigt die CS nun ein zweites Mal aus.

In der Vermögensverwaltung läuft zudem seit Anfang August ein Effizienzprogramm, initiiert vom neuen Chef Hans-Ulrich Meister. Weil im schwierigen Marktumfeld die Profitabilität gelitten

hat, muss gespart werden. Da nach den Steuerabkommen mit Deutschland und Grossbritannien Milliarden abfliessen werden, braucht es in der Schweiz weniger Vermögensverwalter. Hinzu kommt die passive Haltung der Kunden, da die Aktienkurse ständig sinken.

Sonderposten verfälschen Bild

In ganz Europa hat die Bank die Investitionen für die Präsenz vor Ort unter- und vor allem die künftigen Erträge überschätzt. Es ist davon auszugehen, dass nicht alle 12 Standorte in Deutschland überleben werden. Mindestens nicht in der heutigen Form. Ausgebaut wird hingegen die Präsenz in den Boommärkten, namentlich in Brasilien und in Asien. In Bezug auf Brasilien soll am Dienstag eine Offensive bekannt gegeben werden.

Gemäss gut unterrichteter Quellen ist am Dienstag in Sachen Steuerabkom-

men mit den USA nicht viel Neues zu erwarten, obwohl die Verhandlungen der Schweiz mit den USA in einer entscheidenden Phase sind. Das Quartalsergebnis der CS wird wie bei der UBS verfälscht durch ausserordentliche Gewinne und zusätzliche Aufwendungen. Am stärksten schlägt die Marktbewertung eigener Verpflichtungen zu Buche, 1,3 Milliarden Franken ausserordentlichen Gewinn soll es dank diesem seltsamen Buchungseffekt geben.

Negativ ins Gewicht fallen höhere Kosten wegen der Bankenabgabe in Grossbritannien (60 Millionen Franken), ein Aufwand von 180 Millionen Franken für den Vergleich im Steuerstreit in Deutschland - und ein Restrukturierungsaufwand von 150 Millionen Franken für den bereits im Juli bekannt gegebenen Stellenabbau. Die CS wollte sich auf Anfrage nicht äussern.

Economiesuisse hat schweren Stand im Parlament

Die neue Zusammensetzung des Nationalrates spielt dem jungen Konkurrenzverband **Swisscleantech** in die Hand.

Von David Vonplon, Bern

Während der Energiewende stahl die vor zwei Jahren gegründete **Swisscleantech** dem mächtigen Wirtschaftsdachverband Economiesuisse die Show: Der Bund übernahm beim Atomausstieg die Vorstellungen des jungen Verbandes, der auf einen radikalen Umbau der Schweizer Energieversorgung setzt.

Mit dem neu zusammengesetzten Nationalrat dürfte es der **David** im Verbandswesen noch einfacher haben, den **Goliath** zu bedrängen, der über ein 20 Mal grösseres Budget verfügt: Vor allem dank den Grünliberalen erhält die **Cleantech-Branche** wichtige neue Verbündete im Parlament: So etwa mit Isabelle Chevalley (VD) von Suisse-Eole, der Vereinigung zur Förderung der Windenergie, Thomas Böhni (TG), Geschäftsführer

der Solarzentrum Ostschweiz GmbH, oder Josias Gasser (GR), Hersteller von nachhaltigen Baumaterialien.

«Wahlsieger Umweltlobby» ist denn auch das Resultat eines Vergleichs sämtlicher Mandate der alten und neuen Nationalräte, welche die «NZZ am Sonntag» ausgewertet hat: Im Ranking der stärksten Lobbys rücken sowohl Umweltverbände als auch Verfechter einer Energiewende vor. Nicht weniger als 26 (+3) respektive 25 Nationalräte (+3) sind mit ihnen auf die eine oder andere Weise verbunden. Grosse Verliererin der Auswertung ist die Wirtschaft: Sowohl der Dachverband Economiesuisse, als auch Arbeitgeberverband und Gewerbeverband büssen an Einfluss ein.

Swisscleantech-Präsident **Nick Belglinger** sieht seine Position gestärkt: «Im neuen Parlament wird der Wille für eine klare Energiewende grösser sein als bisher.» Das neue Kräfteverhältnis mache es dem Verband einfacher, mit seinen Argumenten durchzudringen. Mehr als 60 Vertreter des neuen Parlaments haben mittlerweile die Energiecharta des

Verbands unterzeichnet. Darin fordert Swisscleantech, dass die Schweiz bis 2034 den Verbrauch fossiler Energien um 40 Prozent senkt und bis 2020 mindestens 30 Prozent des Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien deckt.

Lobbyarbeit wird aufwändiger

Economiesuisse ist ernüchtert über den Wahlausgang: «Mit den Wahlen haben unsere Gegner in der Energiepolitik Aufwind erhalten», räumt Kampagnenleiterin Ursula Fraefel ein. Sorgen macht ihr, dass Grünliberale und BDP den Wählern den Atomausstieg versprochen haben. Die beiden Parteien würden in der neuen Legislaturperiode gezielt auf dieses Ziel hinarbeiten. Der schlimmste Fall sei aber nicht eingetreten, auch der linke Pol habe Sitze verloren. Wegen der Zersplitterung der Kräfte in der Mitte werde die Lobbyarbeit in der neuen Legislatur aber schwieriger: «Wir haben jetzt mehr Ansprechpersonen, das macht unsere Arbeit aufwändiger.»

Geschwächt werde die Position von Economiesuisse weiters durch das

schlechte Abschneiden der FDP. «Unsere Übereinstimmung mit der Partei ist sehr hoch», sagt Fraefel. Economiesuisse muss auf die neue Mitte zugehen und je nach politischem Geschäft andere Koalitionen zu suchen.

«Economiesuisse in Sackgasse»

Laut einem **Spitzenmann eines anderen grossen Wirtschaftsverbandes** ist die energiepolitische Ausrichtung von Economiesuisse unter Druck: «Man hat sich in eine Sackgasse hineinmanövriert. Jetzt muss der Verband schauen, wie er da wieder heraus kommt.» Economiesuisse denkt jedoch nicht daran, von der heutigen Position abzurücken. «**Natürlich gibt es Dienstleistungsunternehmen, die sich gerne ein grünes Mäntelchen überstreifen und darum Mitglied bei Swisscleantech werden**», sagt Fraefel. Industrieunternehmen könnten sich dies aber nicht leisten - nicht zuletzt auch wegen der Frankenstärke. Sie seien auf eine sichere Energieversorgung angewiesen - und stünden praktisch ausnahmslos hinter der Verbandsposition.

Nachrichten

Flugreisen

Die australische Airline Qantas muss Flüge wieder aufnehmen

Rund 500 Flüge wurden gestrichen, 70 000 Passagiere weltweit sassen in 22 Städten fest, nachdem die australische Fluglinie Qantas am Wochenende wegen Streiks einen Flugstopp verfügte. Nun hat ein australisches Schiedsgericht die Airline angewiesen, ihren Betrieb sofort wieder aufzunehmen. Qantas und die Gewerkschaften sollen an den Verhandlungstisch zurückkehren und in drei Wochen ihren Disput lösen. Die Gewerkschaften stört, dass Qantas 1000 Arbeitsplätze streichen will, gleichzeitig aber für 6,4 Milliarden Euro neue Flugzeuge beschafft. (Reuters)

Konsumklima

«Gefühlte Rezession» drückt auf Kauflust der Konsumenten

Rezessionsängste und Europas Schuldenkrise drücken laut einer Umfrage des Marktforschers Nielsen kräftig auf die Konsumstimmung. Zwei Drittel gaben an, jetzt sei nicht die rechte Zeit, Geld auszugeben. In Amerika ist die Stimmung indes deutlich pessimistischer. In Europa hat nur jeder Fünfte kein Geld für zusätzliche Anschaffungen übrig, in den USA aber jeder Dritte. (Reuters)

Chefwahl

Philippe Milliet in der Poleposition als neuer Post-Chef

Morgen Dienstag soll der Verwaltungsrat der Post den Nachfolger von Konzernchef Jürg Bucher bestimmen. Die besten Aussichten auf den Chefposten hat laut «Sonntagszeitung» der frühere McKinsey-Berater Philippe Milliet, 48, der Mitglied des Verwaltungsrats der Post ist. Das Rennen könnte auch ein interner Konkurrent machen: Dieter Bambauer, Leiter des Bereichs Logistik, der in der Konzernleitung der Post sitzt. (TA)

Bilanzirrtum

Schlamperei bei Pleitebank Hypo Real Estate hat Folgen

Der beispiellose Rechenfehler bei der Abwicklung der deutschen Pleitebank Hypo Real Estate (HRE) hat ein politisches Nachspiel. Die Opposition fordert von Finanzminister Wolfgang Schäuble Aufklärung, wieso die Banker sich um 55,5 Milliarden Euro verrechnen konnten. Am Freitag war bekannt geworden, dass die Schulden der Bundesrepublik nach der Korrektur des Bilanzfehlers um 2,6 Prozentpunkte sinken. Die Abwickler der HRE hatten Kursgewinne von Wertpapieren als Verluste verbucht. (SDA)

Schuldenkrise

Senkt Outdoor-Firma Mammut die Preise bis zu 20 Prozent?

Die sich abzeichnende schwache Wintersaison im Tourismus dämpft die Aussichten der Fachhändler. Die Branche spüre auch massiv den Einkaufstourismus. Entsprechend hoch ist laut «NZZ am Sonntag» der Preisdruck. Der Outdoor-Spezialist Mammut etwa reduziere seine Preise um bis zu 20 Prozent. (TA)

Schuldenkrise

Eurozone kann Probleme laut Juncker selber lösen

Die Eurozone könne die Schuldenkrise auch ohne fremde Hilfe lösen, sagte Jean-Claude Juncker, Chef der Eurogruppe, der ARD. Es mache indes Sinn, wenn China sich an einer Lösung beteilige. Das Land könne seine Überschüsse in Europa investieren. Eine Gegenleistung dürfe China dafür aber nicht erwarten. (Reuters)

Sanktionen

Rekordkürzungen von Geld für deutsche Arbeitslose

Die in Deutschland gegen Langzeitarbeitslose verfügten Kürzungen der Bezüge steuern in diesem Jahr auf einen Rekordwert zu. Die Bundesagentur für Arbeit rechnet bis Ende Jahr mit 900 000 Sanktionen wegen Ablehnungen zumutbarer Arbeit oder Missachtung von Auflagen. Bereits im ersten Quartal 2011 lag die Zahl der Kürzungen um gut 50 000 höher als im Vorjahr. (Reuters)